

Straf-Szenarien

Zum Bericht über die Hauptversammlung des Vereins Pro Freibad Waldshut.

In der kurzen Ansprache von OB Dr. Frank in der Hauptversammlung von Pro Freibad Waldshut, an der ich teilnahm, haben mich zwei Punkte verwundert.

1. Erneut die Verkopplung des Erhalts des Freibades mit einer angeblich dann notwendigen Grundsteuer-Erhöhung – als ob das Freibad für die zehnfach größeren Millionenlöcher im Haushalt verantwortlich wäre. Gab es nicht ein finanzielles Desaster bei den Spitälern Hochrhein und bei dem Ausstieg daraus? Und wurden nicht bei der Gemeinderatssitzung vom 19. März direkt nach dem Beschluss der Schließung des Waldshuter Freibades ohne große (öffentliche) Diskussion sofort noch zwei Millionen (zusätzlich!) für die Erweiterung des Tiengener Bades bewilligt? Steht nicht immer noch die Millionen-Spende für das Freibad Waldshut bereit?

2. Auch war ich irritiert, dass der Oberbürgermeister unserer gemeinsamen Stadt Waldshut-Tiengen vor den Mitgliedern von Pro Freibad Waldshut von „IHREM Schwimmbad“ sprach – sollte er es nicht auch (noch) als „SEINES“ ansehen und von „UNSEREM“ Schwimmbad reden? Zumal er es auch für nötig befand, zu erklären, dass er hier im Areal der „Hausherr“ sei. Diese Distanzierung von dem gemeinsamen Kleinod am Rheinufer ist nicht nur bedauerlich, sondern ignoriert auch das überwältigende Eintreten der Bürgerschaft für eine Korrektur des Schließungs-Beschlusses vom 19. März, das sich in mehr als 5000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid ausdrückt.

Es genügt nicht, das Engagement des Vereins und seiner Mitglieder zu loben, es gilt, die praktikablen und finanzierbaren Vorschläge, die von diesem Verein erarbeitet worden sind, aufzugreifen und zu prüfen, anstatt Straf-Szenarien im Falle eines positiven Bürgerentscheids anzudrohen.

Roland Rosenfelder,
Waldshut-Tiengen